

Thailand zwischen Demokratisierung und Militärputsch

Das Schicksal von mehreren hundert Vermissten ist auch knapp vier Monate nach dem brutalen Militäreinsatz gegen die thailändische Demokratiebewegung ungeklärt. Die meisten von ihnen sind wahrscheinlich vom Militär während der Demonstrationen erschossen und anschließend aus dem Weg geschafft (BP Weekly Review 19.6.92) oder sogar nach ihrer Verhaftung exekutiert worden. Dieser Artikel faßt die Ereignisse seitdem und die Situation vor den Neuwahlen am 13. September zusammen.

Das Massaker in Bangkok war kaum vorbei und Premierminister Suchinda kaum zurückgetreten, da wollte die Koalition militärnaher Parteien (Samakkhi Tham, Chart Thai, Social Action, Prachakorn, Rassadorn) bereits zur Tagesordnung übergehen und nach Narong und Suchinda als ihren nächsten Kandidaten für das Amt des Premierministers den Chart Thai-Parteivorsitzenden Somboon Rahong ins Rennen schicken. Ausgerechnet ein Abgeordneter der eigens auf Betreiben des Militärs nach dem Putsch vom 23.2.91 gegründeten Samakkhi Tham Party, Parlamentssprecher Arthit Urairat, zog die Notbremse: offenbar befürchtete er, daß die Ernennung Somboons zu einem erneuten Aufflammen der Demokratiebewegung und möglicherweise zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen geführt hätte. Nach Beratungen mit Ex-Premierminister Prem entschloß er sich, nicht Somboon (der schon mit Journalisten auf den Überbringer der Ernennung wartete), sondern Anand Panyarachun als (Übergangs-) Premierminister vorzuschlagen.

Anand kündigte an, seine Regierung werde Neuwahlen am 13. September organisieren und in behutsamen Verhandlungen den Einfluß der Militärs auf die Politik zurückdrängen. Die Entscheidung für Anand wurde nicht nur von Intellektuellen, Studentenfürern und NGOs begrüßt, sondern auch von führenden Geschäftsleuten, die auf eine Erholung des

Politische Sprengladungen

Der bekannte thailändische Politikwissenschaftler Sukhumbhand Paribatra hat in einer Rede am 17. August 1992 die langfristigen Chancen Thailands für eine Demokratisierung analysiert. Der hier wiedergegebene Ausschnitt (übersetzt aus BP Weekly Review v. 28.8.92) beschreibt die Gefahr eines Militärputsches:

Ich bin nicht überzeugt, daß unsere Schwierigkeiten wirklich vorüber sind. Ich glaube, daß in der gegenwärtigen politischen Situation noch immer eine große Unsicherheit liegt.

Auf sehr kurze Sicht – und damit meine ich eine sehr kurze Sicht, eher Wochen und Monate als ein halbes Jahr oder ein Jahr – gibt es bestimmte Sprengladungen, die leicht zu einer weiteren Runde von Explosionen, einer weiteren Runde von Blutvergießen führen können, die dem Land ungeahnten Schaden zufügen würden.

Eine der Sprengladungen ist der Königliche Erlass zur Amnestie, der vom neuen Parlament verabschiedet werden muß. Wird er aufrecht erhalten, wird es Protest von den Enttäuschten und ihren Anhängern geben. Wird er zurückgewiesen, wird es wahrscheinlich eine Reaktion gewisser Teile des Militärs geben.

Eine weitere Sprengladung ist die Militärumbesetzung. Die meisten der hochrangigen Offiziere, die in irgendeiner Weise in die blutige Repression verwickelt waren, wurden ersetzt. Aber das heißt nicht, daß alles, vor allem die Trennung des Militärs von bestimmten wirtschaftlichen Privilegien in Verbindung mit den Staatsbetrieben und weiteren Bereichen ökonomischer Aktivitäten, von den Betroffenen voll akzeptiert worden ist. Diese Leute haben immer noch viele Unterstützer, die über wichtige Kampfeinheiten befehlen und die fürchten könnten – vielleicht zu Recht – daß sie selbst im Zuge der jährlichen Umbesetzung im Oktober von ihren Posten entfernt werden.

In diesem unsicheren Kontext könnte ein Coup versucht werden. Aber, obwohl dies wahrscheinlich ein großes Blutvergießen mit sich bringen würde, glauben die meisten Beobachter, daß der Coup schließlich scheitern würde, weil die politischen Bedingungen und die Machtbalance innerhalb des Militärs so eine Aktion nicht mehr stützen würden.

durch die Mai-Vorfälle angeschlagenen Investitionsklimas hoffen (BP Weekly Review 19.6.92).

Die Möglichkeiten der Regierung Anand, die Militärs aus gesellschaftlichen Positionen zu verdrängen und die Einmischung in die Politik zu verringern, waren kaum einzuschätzen. Das Verhalten hochrangiger Militärs nach dem Mai-Massaker hatte klar gemacht, daß von einem freiwilligen Rückzug keine Rede sein konnte. Issarapong, Oberbefehlshaber der Armee und Kaset, Oberbefehlshaber aller Streitkräfte dankten ihren Soldaten, die "Frieden und Ordnung mit Zurückhaltung und Geduld aufrecht erhalten" hätten (BP Weekly Review

5.6.92). Derartige Stellungnahmen wurden von mehr oder minder offenen Putschdrohungen begleitet (BP Weekly Review 24.7.92).

Die brisante Entscheidung über den umstrittenen Amnestie-Erlass, nach dem die für den Tod mehrerer Hundert Personen verantwortlichen Militärs straffrei ausgehen würden, hat Anand der nächsten, demokratisch gewählten Regierung überlassen. Immerhin hat Anand aber am 1. August überraschend die mutige Entscheidung gefällt, die hauptverantwortlichen Militärs Kaset und Issarapong auf weniger wichtige Positionen zu versetzen. Dies war auch eine der Hauptforderungen der "Confederation for Democracy", um einen weiteren Militär-

putsch zu verhindern. Neuer Oberbefehlshaber aller Streitkräfte ist Voranat Apichgaree, neuer Oberbefehlshaber der Armee Vimol Wongwanich. Auch auf zehn weiteren hohen Positionen fanden Umbesetzungen statt. Unmittelbar nach seiner Ernennung schloß Vimol die Möglichkeit eines erneuten Militärputsches aus und versicherte, das Militär werde unter seiner Führung "neutral" bleiben und sich nicht in die Politik einmischen (BP Weekly Review 24.7.92, 14.8.92).

Endgültig vorüber ist die Gefahr eines Putschs damit aber sicher nicht (siehe Kasten "Politische Sprengladungen"). Die "Falken" innerhalb des Militärs haben immer noch viele einflußreiche Positionen und könnten notfalls auch gegen den Willen der moderateren Teile des Militärs zu-

schlagen, vor allem wenn ihnen das Ergebnis der Wahlen am 13. September nicht zusagt. In der Zwischenzeit werden Journalisten, Intellektuelle und Vertreter der Demokratiebewegung von "Unbekannten" terrorisiert, indem ihnen Molotow-Cocktails in den Garten geworfen oder ihre Autos nachts beschädigt werden. 17 militärkritische Personen sind unter besonderen Polizeischutz gestellt worden (BP Weekly Review 4.9.92).

Die eher militärkritischen Parteien, die für die Ernennung eines gewählten Parlamentsabgeordneten zum Premierminister eingetreten waren (New Aspiration, Democrat, Palang Dharma, Solidarity)

hoffen, diesmal eine Mehrheit im Parlament erreichen zu können, nachdem ihnen bei den Wahlen vom 22. März 92 etwa 30 Sitze fehlten. Unmittelbar nach der Ankündigung neuer Wahlen schien es, als würde sich die Opposition enger zusammenschließen, um nach den Wahlen eine demokratisch gewählte Regierung stellen zu können. Während sich die Parteien der militärnahen Koalition durch die Unterstützung Suchindas und die Duldung des Massakers als "satanische Parteien" diskreditiert hatten, schien den militärkritischen Parteien öffentliche Unterstützung sicher. Zudem bestand die Hoffnung, eine politisch bewußtere Bevölkerung würde bei dieser Wahl nicht den Verlockungen des Stimmenkaufs folgen und ihre Wahlentscheidung nach demokratischen Prinzipien fällen.

Doch die Hoffnungen auf eine vollkommen veränderte Situation haben sich offenbar als verfrüht erwiesen. Innerhalb der Oppositionsparteien ist ein heftiger Streit um die Rolle während der Massendemonstrationen und des Militäreinsatzes vom Mai entbrannt. Die Democrat Party wirft Palang Dharma-Führer Chamlong vor, er habe die Konfrontation der Demonstranten mit den übermächtigen Militärs herausgefordert und so ein eventuelles Blutbad in Kauf genommen. Palang Dharma wirft umgekehrt der Democrat Party vor, während der Auseinandersetzung passiv geblieben zu sein und sich nicht eindeutig zur Demokratiebewegung bekannt zu haben.

Die Fraktion um den Arthit Urairait ist zwar aus der Sammakhi Tham Party ausgetreten, statt sich jedoch, wie erhofft, einer der Oppositionsparteien anzuschließen, hat Arthit seine eigene Partei (Seri Tham) gegründet, der zwar allgemein nur etwa 30 Parlamentssitze zugezählt werden, die aber zum "Zünglein an der Waage" zwischen militärfreundlichen und militärkritischen Parteien werden könnte. Aus der Sammakhi Tham Party (die sich in "Therd Thai Party" umbenannt hat) und der Chart Thai Party hat eine Art "Massenflucht" von Kandidaten stattgefunden, die dem Stigma der "satanischen Parteien" zu entkommen suchen. Die meisten dieser Flüchtlinge sind in einer neugegründeten Partei der alten Gesichter gelandet: Chart Pattana. Nicht nur der Name der neuen Partei (zusammengesetzt aus Chart = Nation und Pattana = Entwicklung, entwickeln) erinnert an die Chart Thai Party des ehemaligen Premierministers Chatichai – ihr Vorsitzender ist Chatichai persönlich, dem jetzt gute Chancen auf eine weitere Amtszeit als Premierminister eingeräumt werden. Chart Pattana verfügt von allen Parteien über die größte Zahl ehemaliger Parlamentarier. Ihre Finanzkraft ist so gut wie unerschöpflich.

Der Umfang des Stimmenkaufs während des Wahlkampfes hat gegenüber der letzten Wahl nach den Beobachtungen

des Wahlüberwachungskomitees "Poll Watch" kaum abgenommen. Kandidaten aller Parteien, auch der Opposition, sollen an Stimmenkaufaktionen beteiligt sein (BP Weekly Review 11.9.92). Besonders häufig sind bisher Chart Thai und Chart Pattana aufgefallen, gefolgt von New Aspiration (BP Weekly Review 21.8.92). Der verbreitete Stimmenkauf ist einer der Gründe dafür, daß die Wahlen wohl auch diesmal eher eine Machtschichtung innerhalb der Elite als eine wirklich demokratische Beteiligung der Bevölkerungsmehrheit bringen werden.

Als aussichtsreiche Kandidaten auf das Amt des Premierministers werden neben Chatichai der New Aspiration-Vorsitzende Chavalit, Palang Dharma-Vorsitzender Chamlong und Democrat-Vorsitzender Chuan gehandelt. Der ehemalige Armee-Oberkommandierende Chavalit verfolgt schon seit langem das Projekt, Premierminister zu werden. Vor den letzten Wahlen im März hatte er sich auf die Seite der militärkritischen Parteien gestellt, um sich dann gleich nach den Wahlen mit seinem Freund Sunthorn (Vorsitzender des National Peace Keeping Councils) von der Presse fotografieren zu lassen (Nation 23.3.92). Suchinda hingegen warf seinem ehemaligen Vorgesetzten Chavalit vor, er wolle ein Präsidialsystem "sowjetischer Prägung" einführen und ist deshalb von Chavalit mit einer erfolglosen Verleumdungsklage bedacht worden. Chavalit hat sowohl Freunde als auch Feinde innerhalb des Militärs; er wird nach den Wahlen wahrscheinlich seine Fühler sowohl zu den militärfreundlichen als auch zu den militärkritischen Parteien ausstrecken, um eine Koalition unter seiner Führung zu organisieren.

Chamlong (auch er ein ehemaliger Militär) und Chuan sind sicher in ihrem Eintreten gegen die Einnischung des Militärs wesentlich glaubwürdiger als Chavalit; gerade deshalb wäre eine Regierung unter ihrer Führung in hohem Maße putschgefährdet. Gegenüber dem eher farblosen Chuan hat Chamlong nicht nur den Ruf als charismatischer Führer der Demokratiebewegung für sich, sondern auch die positive Bilanz seiner Amtszeit als Gouverneur von Bangkok. Allerdings gibt es auch innerhalb der Demokratiebewegung kritische Stimmen, die sich gegen den überzogenen Personenkult (im Vergleich zu weniger bekannten Aktivisten wie Chalard, der wie Chamlong einen Hungerstreik gegen Suchinda als Premierminister begonnen hatte) und die Mitgliedschaft Chamlongs in der umstrittenen religiösen Gruppierung Santi Asoke richten.

Nach den Wahlen können aber neben den genannten auch ganz neue Kandidaten für das Amt des Premierministers auftauchen. Zum Beispiel könnte Chart

Pattana einen weniger prominenten, nicht wie Chatichai vom Korruptionsvorwurf betroffenen Kandidaten aufstellen. Ob bei den Koalitionsverhandlungen eine stabile Koalition für die volle Legislaturperiode herauskommen wird, ist eher zweifelhaft. Vielleicht hat das für die Gewerkschaften und die NGOs immerhin einen positiven Nebeneffekt: auf Forderungen nach gerechterer Verteilung des erwirtschafteten Reichtums gehen die herrschenden Elitegruppen am ehesten dann ein, wenn sie mit anderen Teilen der Elite im Clinch liegen und auf die Unterstützung kritischer JournalistInnen und Intellektueller angewiesen sind. Die Chatichai-Regierung war ein gutes Beispiel dafür.

Gerhard Reinecke

Der Autor studiert Thai in Hamburg und hat in diesem Zusammenhang das Land mehrfach besucht.

Dokumentation zum Massaker in Bangkok

Eine Auswahl von Artikeln und Berichten anlässlich der Ereignisse in Bangkok, Thailand im Mai 1992, zusammengestellt und herausgegeben von der Südostasien-Informationsstelle zu folgenden Themenkomplexen:

Hintergrund:

- * Die Entwicklung 1991
- * Die Verfassungsdiskussion

Die Wahlen im März 1992 und ihre Folgen:

- * Die Ereignisse im Mai 1992
- * Aufrufe und Informationen aus der Demokratiebewegung
- * Reaktion der Presse außerhalb Thailands
- * Offizielle Reaktionen von Bundesregierung, Parteien und der thailändischen Botschaft in Bonn
- * Chronologie der Ereignisse seit den Parlamentswahlen am 23.3. bis zum 31.5.

Stand: Juni 1992, 120 Seiten, Preis DM 15,- (zzgl. Porto)

zu beziehen von der
Südostasien-Informationsstelle
Josephinenstr. 71
W-4630 Bochum 1
Tel. 0234-502748, Fax: 0234-502790

Konten: Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01) Kto.Nr. 30302491
Postgiroamt Dortmund (BLZ 440 100 46) Kto.Nr. 1748-460